

reiscourante gratis und franco die u. China-aren-Fa-ederlage

illigste in- und adische merien.

are wird garantiert. in Zerten und Gerlichen von 1 n. chiedenen Gerlichen von 40 fr. n 50 fr. n Garten von 20 bis 50 fr. n ven 30 fr. bis 1 fl. n fen von 50 fr. bis 2 fl. n polter genügend für ein Jahr n von 50 bis 74 fr. n later, in kürzester Zeit weiße n 50 fr. n 50 fr., Büffel dazu n 50 fr. n der in allen Gerlichen von bis 3 n. n in allen Anwesen von 3 n. n ung der Haut und zur Ver- n Leberleiden, Wimmerln und n von 35 fr. bis 2 fl. n umt Parvurien von 50 fr. n 5 fl. n der die Arbeit zum „heiligen n 4-4

Neustein, kengasse Nr. 6. wenigstens 1 fl. 5. B.

10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

erzlos hne tzungen,

rtmann, ener med. Facultät, angahge Nr. 72, nen als fast bewährten neuen n und schnell

renflüsse, auch nach sehr veraltete. nisse von Autoritäten Heilverfahren. ist es ten Patienten Heilung nennenden in ihrem nur ganz Namen. bios einer be- nen können. n. 8. B. werden postwendend n Gebrauchsanwei- n, wie Fluss bei Frauen, esschwäche und gebetme nach den neuesten Erfahrungen brieflich. 8-10

ausfu

Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich. Rollen für das halbe Jahr 5 fl. das Vierteljahr 2 fl. 50 kr. ein Monat 85 kr. Mit **Postverendung:** Im Inland: halbjährig 7 fl., vierteljährig 3 fl. 50 kr., 8. B. Im Ausland: vierteljährig 4 fl. 50 kr. Redakteur u. Eigenthümer **Th. Steinhausen.**

Inseraten aller Art werden in der Steinhausen'schen Buchdruckerei angenommen; für Pest besorgt dieselben M. Zeisler's Annoncenbureau, Königsgasse 60; für Wien die Annoncenbureau: A. Oepelk Wallgasse 22, Haasenstein & Vogler Neuer Markt 11, J. Rosenzweig Schulerstraße 18; für Anstalt: Haasenstein & Vogler in Berlin, Hamburg, Frankfurt a/M., Bielefeld und Paris. Das einmalige Einrücken einer Anzeige in 11 Tagen Garmondbreite kostet 7 kr., das 2. Mal 6 kr., das 3. Mal 5 kr., 8. B. ercl. der Stempelgebühr à 30 kr.

Subskriptions-Bureau: In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben; in Schäßburg bei C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szeg-Neuen bei Hrn. J. S. Rinn, Kaufmann; in Broos bei Hrn. J. F. Leonhard Kaufmann; in Wühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in W.-Bafarhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Seidner, Buchhändler; woselbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 323. Hermannstadt, Mittwoch am 28. December 1870.

Pränumerations-Einladung

auf die „Sermannstädter Zeitung.“

Da mit Ende dieses Monats das Abonnement auf die „Sermannstädter Zeitung“ schließt, erlauben wir uns zur weiteren Theilnahme höflich einzuladen. Die Preise sind trotz des größern Aufwandes für Original-Telegramme, wie früher:

Zur das ganze Jahr:
In loco: 10 fl., halbjährig 5 fl., vierteljährig 2 fl. 50 kr.

Mit Postzufendung:
ganzzährig 14 fl., halb. 7 fl., viertel. 3 fl. 50 kr.

Abonnementsbeträge für Auswärtige werden durch obige Geschäftsfreunde oder durch die Post mittelst Anweisungen franko erbeten.
Hermannstadt, 28. December 1870.

Redaktion und Verlag,
Theodor Steinhausen.

Amtliches.

(Ernennungen.) Der Rechtspraktikant der f. Tafel Emil Galgoczy zum Altuar des Eisenburger Komitats-Schulinspektors — Alex. Kovacs und Wilhelm Kapdebo zu Kanzleibekanntenen 1 und bez. 2. Kl., endlich Alex. Sobe zu Kanzlei-Assistenten der Szatmarer Finanzdirektion.

Der Professor der Theologie am Erlauer Gymnasium August Wilsch zum Ehren- domherrn des Erlauer Episkopats. Der Universitätsminister hat den künftigen Advokaten Johann Szilfay zum Mitglied der Staatsprüfungskommission in Kinnfischer ernannt.

Politische Uebersicht.

Wien, 25. December.

Aus der Mehrzahl der Provinzhauptstädte kommen Berichte über eine abgehaltene Verfassungsfeier. Allerdings nur aus den deutschen und liberalen Kreisen. Die Städte anderer Nationalität blieben stumm. Mit ihnen schwieg Wien, die Hauptstadt, der Mittelpunkt der liberalen Verfassungspartei. Diese Erscheinung ist auffallend; sie scheint anzudeuten, daß jene politische Abspannung, jener Nihilismus, welcher sich allmählig in Wien eingenistet, in der Provinz noch nicht so üppig wuchert. Niemand dachte in Wien an eine Verfassungsfeier; das ist die Wirkung der geringseligen Kämpfe, welche sich gerade in der Reichshauptstadt abspielen. Nichts wird in denselben gerührt, jede pietätvolle Hingebung zerstört, so daß selbst der Gedanke verflüchtigt zu sein scheint, die Verfassung sei ein hohes Gut, werth an ihrem Gedächtnisse zu gedenken. Anderes in der Provinz. Dort ist die Einwirkung der wechselvollen Systeme nicht so mächtig, die Zerschüttung alles politischen Gutes hat nicht die Fortschritte wie in der Hauptstadt gemacht, dort weiß man die Verfassung als einen politischen Schatz zu hüten, dort misachtet man sie nicht, weil sie noch nicht von allen Mängeln frei ist, weil sie noch immer nicht ein Lammelpfad der Social-Demokratie oder der Vorstadt-Demagogie geworden.

Die „W. Abend.“ schreibt: Der dritte Jahrestag unserer Decemberversammlung ist vielfach festlich begangen worden. Gemeindevertretungen und Vereine weitverstreut miteinander in Kundgebungen zu Gunsten der Staatsgrundgesetze. Es kam dabei mit der verfassungstreuen Stimmung auch der aufrichtigste Patriotismus zum Ausdruck. Die Feierlichkeiten lieferten den erneuerten Beweis, daß es der österreichische Staatsgedanke ist, der die Gemüther erfüllt und alle zu gemeinsamem patriotischen Streben und Wirken zusammenführt.

Die Hypothek feiert einen neuen Triumph. Der „Staatsanzeiger“ bringt eine Note Bismarck's an die Mächte, in welcher denselben angezeigt wird, daß viele französische Generale und Offiziere das gegebene Ehrenwort gebrochen und dem in der gewaltigsten Krise befindlichen Vaterlande neuerdings ihre Dienste angeboten haben. In Folge dessen sei es jetzt für Preußen nicht mehr möglich Offiziere auf Ehrenwort zu entlassen, auch werde es fernachhin mit der französischen Regierung keine Convention ohne materielle Garantie schließen. Diese Klagen sind ein Produkt der Heuchelei und wir haben Grund dazu.

Hat ja doch Preußen seinen den Londoner Vertrag gefündigt, für dessen Aufrechterhaltung es seine Unterthänigkeit verpaidet hat. Ist das nicht ein Bruch eines gegebenen Wortes? Auch weiß man es in Oesterreich sehr wohl, daß Preußen 1866 ungarische Soldaten zur Fahnenflucht und zum Eddbruch verleitet hat, und die Legion, welche Ungarn zur Empörung treiben sollte, zählte in ihren Reihen viele Opfer solch' charakterloser Verlockungen. Mit welchem Rechte klagt nun Herr Bismarck 1870 über daselbe, was er 1866 Oesterreich gegenüber that. Ist das nicht, gelinde gesagt, Heuchelei?

Die Analyse, welche die preussische „Provinzial-Correspondenz“ von der mehrerwähnten nach Wien gerichteten Depesche des Grafen Bismarck geg ben, ist, wie gemeldet wird, treu, aber nicht erschöpfend; es fehlen darin die positiven Andeutungen über das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich, und eben diese Andeutungen verleihen erst der freundschaftlichen Sprache ihren vollen Werth. Ein einfaches Hinwegsehen über den ganzen Inhalt des Prager Friedens, mit alleiniger Ausnahme erjenigen Klausel, welche den Ausschluß des Kaiserstaates aus Deutschland vollzieht, könnte freilich Oesterreich kaum zugemuthet werden — meint ein Correspondent des „P. Lloyd“. Ob und inwieweit auf Grundlage der betreffenden Eröffnungen — die Depesche trägt das Datum Versailles, 14. December — bestimmte Abmachungen in Angriff genommen werden sollen und können, hängt übrigens zunächst von der Entscheidung des Kaisers ab, der sich erst heute im Besitz der Depesche befinden wird. Constatirt mag vor der Hand werden, daß die gesammte Wiener Presse die

preussische Depesche mit freudiger Genugthuung begrüßt, aber immer unter der Voraussetzung, daß den Worten auch die entsprechende Verthätigung nicht fehlen werde.

Das preussische Circular vom 3. December, Luxemburg betreffend, ist nunmehr auch von Seiten des Wiener Cabinets beantwortet worden. Die betreffende Depesche ging am Mittwoch an den Grafen Wimpffen nach Berlin ab. Ihr Gedankengang stimmt genau mit demjenigen der schon veröffentlichten englischen Antwort überein, diskrutirt demnach nicht die Verethätigung der Klagen über das Verhalten der Luxemburger Regierung und Behörden, betont dagegen, daß der Rechtsstandpunkt hievon nicht berührt werde. Inzwischen sind in Wien weitere beruhigende Eröffnungen, diese Angelegenheit betreffend, im Austrage Preußens gemacht worden; irgend eine ernstere Verwicklung ist aus Anlaß dieser Frage in keinem Falle zu befürchten.

Die officiöse Corr. Warrens zeigt an, daß die Luxemburger Frage erst beim Friedensschluß zwischen Deutschland und Frankreich geregelt werden dürfte. Sie schreibt: „Die Beschwerden, welche die königlich preussische Regierung gegen die Autoritäten von Luxemburg vorgebracht hat, rufen die Umstände ins Gedächtnis, unter welchen die europäische Garantie für die Neutralität dieses Großherzogthums ins Leben trat. Um einen Streit zwischen Frankreich und Preußen beizulegen, der in einen Krieg zwischen diesen beiden Staaten auszuarten drohte, entschlossen sich die europäischen Mächte eine Garantie für die Neutralität Luxemburgs auf sich zu nehmen, welche ihnen möglicherweise eine schwere Last auflegen konnte. Sie brachten damals der Sache des Friedens und der Humanität ein großes Opfer. Dine ein directes Interesse an der Streitfrage zwischen Preußen und Frankreich zu haben, ohne die politische Stellung Luxemburgs als einen Gegenstand von großer Bedeutung für sich selbst betrachten zu müssen, nahmen sie bezüglich dieses Ländchens schwerwiegende Verbindlichkeiten auf sich, nur zum Zwecke der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Hätte zu jener Zeit in Beziehung auf Luxemburg ein Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich ohne Anrufung anderer europäischer Mächte hergestelt werden können, so wäre selbstverständlich die Garantie der letzteren nicht notwendig und nicht geleistet worden. Diese Einweisung auf die historische Thatsache zeigt deutlich, was zu geschehen hätte, wenn einmal die jetzt noch in voller Kraft sich befindende europäische Garantie für Luxemburg rückgängig gemacht werden sollte. Wie der Streit zwischen Frankreich und Preußen zur Ursache jener Garantie wurde, so kann ein zwischen diesen beiden Mächten wiederherzustellendes Einverständnis dieselbe überflüssig machen. Die Garantiemächte aber, welche sich in den gleichen friedlichen Verhältnissen zu Preußen wie zu Frankreich befinden, müssen in Beziehung auf die politischen Verhältnisse Luxemburgs sich vor jeder Parteinahme zu Gunsten der einen oder der anderen Macht auf das sorgsamste bedahren. Insolange der Kriegszustand zwischen Preußen und Frankreich fort dauert, kann die Lage des Großherzogthums Luxemburg einer entgeltlichen Aenderung nicht unterworfen werden. Wenn aber die Friedensunterhandlungen zwischen beiden Mächten beginnen sollten, so ist es nicht unzulässig, daß sie durch neue Feststellungen jeder künftigen Streitfrage über die Gestaltung der politischen Verhältnisse Luxemburgs vorbeugen und durch die zu diesen Stipulationen erlangte Zustimmung der Garantiemächte den bestehenden gesellschaftlichen Zustand in einen anderen umwandeln.“

Romanische Kammerverhandlungen.

Bukurest, 20. December. (Sitzung vom 17. December.) Vorsitzender Präsident Costa-Joru. — Das Präsidium ladet die Deputirten ein, zur Entgegennahme einer geheimen Mitteilung sich in den Nebensalon zu versetzen. Es geschieht. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird, laut Tagesordnung, der Entwurf der Thron-Adresse in Verhandlung genommen. Herr Fleba, als Berichterstatter der, mit der Redaction dieses Entwurfes betrauten Commission, bringt denselben zur Verlesung. — Herr Ministerpräsident Spureano erklärt: er finde den Entwurf als der Würde der Kammer angemessen, doch werde die Regierung einige Modificationen einiger Redeweißen verlangen; sonst aber Nichts; denn im ganzen finde die Regierung den Entwurf für gut. — Die General-Discussion wird als geschlossen erklärt. Die Kammer beschließt mit 82 gegen 3 Stimmen den Entwurf „in Verethätigung“ zu nehmen. — Die Discussion der Artikel ist eröffnet. — Berichterstatter Fleba liest den 1. Artikel. — Prinz Demetrius Obicia beglückwünscht das Land, daß es eine Dynastie auf dem Throne besitze, die allen inneren Zwistigkeiten und Zänkereien ein Ende gemacht habe. Wenn Deutschland heute stark ist; so ist es dies nur durch die Consolidirung seiner Dynastie. Vom 1. Artikel selbst sprechend, wünscht der Redner das Wort: „demokratische“ gestrichen, denn es sehe so aus, als wären wir nicht monarchisch gesinnt und als streben wir die heutige monarchische Form abzuändern, wo doch gewiß heute kein einziger Deputirter hier sitze, der anti-dynastisch wäre. — Deputirter Eugen Obicia (sich erhebend und auf die Brust schlagend) „Ich bin anti-dynastisch!“ — Deputirter Gandiano: „Auch ich bin anti-dynastisch gesinnt!“ — Der Vorsitzende erucht den Herrn Obicia, die Discussion auf diesem Felde zu begrenzen. — Es entspinnt sich eine Regulamentsfrage. — Ministerpräsident Spureano erklärt: die Regierung betrachte jene Phrase als zulässig. — Der Zwischenfall wird geschlossen; die Kammer stimmt über den 1. Artikel ab und nimmt denselben ohne Modification an. Eben so auch den Zweiten. — Es wird der 3. Artikel verlesen (Beziehungen Romaniens zum Auslande). Herr M. Cogalniceanu fragt den Herrn Minister des Außern, ob auf der Conferenz; zu London auch die Romanische Frage berührt werden werde? denn in der Circular-Note Gortschakoff's sei von der Union der Fürstenthümer und von der Wahl eines fremden Fürsten die Rede. Hat der Herr Minister unseren Agenten im Auslande diefalls Instruktionen zugehen lassen? Der Redner bittet, die Regierung möge, ohne das Land berathen zu haben, nichts in dieser Angelegenheit auf sich nehmen. — Minister des Außern Herr Carp erwidert auf diese letztere Frage: man

könne überzeugt sein, wienach kein Minister es wagen werde, gegen den Willen der Nation zu handeln. — Herr N. Jonecu ergreift das Wort um zu beweisen, daß die Antwort des Ministers des Außern die Frage Cogalniceanu's nicht erledige. Was unseren Agenten in London anbelange, dürfe derselbe auf der dortigen Conferenz wohl kaum einen Platz finden. Redner befürchtet, daß wir uns plötzlich angegriffen vollzogener Thatsachen, die durch andere Regierungen vollzogen wurden, befinden könnten, und bittet daher den Herrn Ministerpräsidenten, dieser möge der Unerfahrenheit seines Collegen vom Außern Agenten bei der zu gebenden Antwort zu Hilfe kommen. — Minister Corp hätte sich nie gedacht, daß man ihn der Unerfahrenheit zeihen würde. — Herr Cogalniceanu theilt die Besorgnisse Jonecu's und bittet die Regierung, sie möge glauben, daß zu London auch über etwas anderes verhandelt werden dürfe, als über unsere Neutralität. Wir sind zwar klein, müssen aber dennoch unser Wort erheben um klarzumachen, daß der Pariser Tractat unsere Union functionirt hat; daß diese Union ein, von der Nation gewünschtes Factum ist, welches auch selbst Oesterreich bestätigt, indem Herr von Bismarck, dem er dafür seinen Dank ausdrückt, den Pariser Tractat und die Rechte der Romanen vertheidigt habe. Das Interesse des Landes erheische es, heute nicht anders zu verlangen, als was uns durch den Pariser Tractat gegeben worden ist. — Herr Jonecu kommt auf die von einem Theile der Presse aufgeworfene Idee eines Königreichs zu sprechen und wünscht constanter zu sehen, daß das Land diese Idee zurückweise. (Beifall.) „Ihr Beifall, meine Herren, fährt Jonecu fort, ermutigt mich.“

Wenn uns heute eine königliche Krone für unseren Prinzen angeboten wird, so besorge ich, daß dieses Geschenk für unsere Schulkern zu schwer sein dürfte. Aendern wir daher an unserem Votum, womit wir unseren Sympathien für Frankreich Ausdruck gaben, gar Nichts; denn unser Blut Kocht, wenn wir auf das zerretene Frankreich blicken! (Erhobter Beifall.) Wir werden der Regierung nicht Gelegenheit geben, Jenen zu danken, die Frankreich zerstückert haben! (Beifall.) Seien wir beiheiden, beobachtet wir die Tractate und schügen wir auf alle mögliche Weise unsere Rechte. Halten wir unsere Integrität aufrecht, aber so, wie es gut ist, und nicht wie der Hund in der Fabel, um nicht auch das zu verlieren, was wir wirklich haben. Indem wir heute die königliche Krone zurückweisen; besolgen wir die nationale Politik Stefan des Großen, der, als er sich die Krone auf's Haupt setzte, sehr gut wußte, was eine Krone sei, obgleich er sie sich selbst aufgesetzt hatte. Seien wir also beiheiden!“ — Ministerpräsident Spureano nimmt die Aempfehlung der Bescheidenheit von Seite des Herrn Jonecu mit Vergnügen entgegen. Als der Conflict anläßlich der russischen Note ausgesprochen war, habe die Regierung sich an die Worte gewendet; doch sei nur vom Schwarzen Meere die Rede. Er glaube nicht, daß wir bei der Conferenz werden zu Rathe gezogen werden. — Herr Cogalniceanu kommt noch einmal auf den Tractat zurück und dessen Sanctionirung durch die Mächte, wobei namentlich Oesterreich diese seine Billigung dadurch bewiesen habe, daß es heute bereit ist, in die Aufhebung der Konsular-Jurisdiction zu willigen. — Es ist 5 Uhr; die Sitzung wird geschlossen.

Kammer Sitzung von Montag, 19. December. Vorsitzender: Costa-Joru. Anwesend: 84 Deputirte. — Nach Erledigung des Einlaufes, wird die Discussion über den Entwurf der Thron-Adresse fortgesetzt. Berichterstatter Fleba liest den zweiten Absatz zum dritten Artikel. (drohender Conflict im Oriente, dem gegenüber der Entwurf die strengste Beobachtung der bestehenden Tractate bestimmet), welcher Absatz, und somit der ganze dritte Artikel nach einigen Discussionen ohne irgend eine Modification angenommen wird. Bei Artikel 4 (über unsere Sympathie für Frankreich) will Prinz Demetrius Obicia diesen Passus unterdrückt haben, weil es sich nicht schide, dem Throne so etwas zu sagen. — Herr Voion spricht dagegen und meint: diesen Passus unterdrücken, hieße so viel, als dem allgemeinen Gefühl der Romanen entgegen handeln, denn „das Blut könne nie zu Wasser werden.“ — Herr Verneacu ist derselben Meinung. Er sagt: Frankreich ist unser Meiter, wir müssen über Frankreich noch zehnmal mehr sagen, als wir heute sagen, allein wir sind gezwungen, unsere Gefühle zu unterdrücken. Herr Demetrius Obicia halte es nicht schidlich dem Throne diese unsere Sympathien für Frankreich bekannt zu geben. Wer aber lehrt und denn eine solche Unschidlichkeit? Der Thron. Wer ist auf dem Throne? Ein Romane, der vergessen mußte, wer er früher gewesen. Es sei daher constatirt: daß wir Frankreich unser Blut schulden, daß wir es ihm aber nicht geben können! (Längere Zeit anhaltender, lebhafter Beifall.) — Die Discussion wird geschlossen; der fragliche Artikel 4 beinahe einstimmig angenommen. — Dasselbe geschieht mit Artikel 5, Artikel 6 (Finanzfragen) will Deputirter Racovita ein Aemderment, wegen energischer Betreibung der Eisenbahnlinien in den kleinen Waladai; Deputirter Prinz Demetrius Obicia aber ein anderes Aemderment „wegen des Anschlusses unserer Bahnen an die ausländischen“ angenommen haben; allein die Kammer verwirft diese Aemderment und nimmt auch diesen Artikel ohne Modification an. — Die weitere Discussion wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Vom Kriege.

Wien, 24. December.

Ueber die Bewegungen der vom General Faidherbe befehligten französischen Nordarmee schreibt die officiöse „Provinzial-Correspondenz“:

Gambetta scheint im Einverständnis mit Trochu einen neuen Angriff vom Norden her mit einem gleichzeitigen Ausfall aus Paris in jener Richtung vorzubereiten. Während unsere erste Armee unter General V. Manteuffel ihren Siegeslauf von Amiens über Rouen nach Dieppe und in der Richtung auf Havre fortsetzte, sammelte der Befehlshaber der französischen Nordarmee neue Kräfte bei Lille und Arras und schob einen Theil derselben hinter unsere Armee in der Richtung auf Paris vor. Kleine Abtheilungen unserer Truppen wurden bei La Fère und Ham von zahl-

reichen Haufen Mobilgarben übertraf. Gegen die Gefahr eines größeren Vorstoßes des französischen Nordarmee ist jedoch unsicherlich alsbald Vorkehrungen getroffen worden, indem General v. Mantouffell seine Armees neuerdings in Stellungen concentrirt hat, von welcher er den Bewegungen des Feindes in jedem Augenblick zu begegnen im Stande sein wird.

Eine Proclamation der deutschen Militärbehörde in Amiens verurtheilt die Bevölkerung baldigste Rückkehr der Truppen, welche am 16. December abziehen. Nur die Citadelle von Amiens bleibe ihrerseits besetzt. Die Proclamation dankt der Bevölkerung für ihre tüchtige Haltung und fordert sie zur Ruhe und Ordnung auf.

Bordeaux, 24. December. Eine Depesche des Generals Faidherbe vom 23. Abends meldet: Heute von 11 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends Schlacht bei Pont-Neuf (1 1/2 Meile nordöstlich von Amiens auf der Straße nach Albert). Wir sind Herren des Schlachtfeldes geblieben nach einem langen Artilleriekampfe, welcher durch einen Infanterie-Angriff auf der ganzen Linie beendigt wurde.

Aus Nord, 24. December, wird gemeldet: Mittels Luftballons aus Paris vom 22. Abends eingetroffene Nachrichten besagen, daß an demselben Tage ein Gefecht signalisirt wurde; nur gegen das Plateau von Airon fand eine Kanonade statt. Neue Operationen scheinen bevorzuziehen. Es herrscht vollkommene Ruhe und allgemeines Vertrauen. Die Journale schätzen unsere gestrigen Verluste auf ungefähr 800 Tode und Verwundete. Die mobilisirte Nationalgarde legte große Festigkeit an den Tag.

Bordeaux, 24. December, 9 Uhr Vormittags. Officielle Nachrichten bestätigen, daß die Preußen die Gegend auf der Seite von Rouen, wo sich nur mehr 1500 Preußen befinden, geräumt haben. Alle Magazine von Rouen wurden geplündert (?) und die Bevölkerung in der Richtung von Amiens sorglos. Der Feind scheint definitiv auf dem Marsche über Leuvs hinaus verzichtet zu haben und zieht sich in der Richtung von Orleans zurück. Der Rückzug kann als eine Folge der strategischen Bewegungen der französischen Armeen auf anderen Punkten angesehen werden.

Bordeaux, 23. December. Eine officielle Depesche aus Tours vom 22. December Abends meldet, daß die Preußen nicht in die Stadt eingezogen sind, sondern das Département verlassen und nach Blois zurückgekehrt sind.

Lyons, 23. December. Die Details über die Schlacht von Nuits konstatiren, daß General Cremer am 18. d. den feindlichen Angriff mit nur 10,000 Mann aushielt. Die Schlacht dauerte den ganzen Tag. Die Franzosen zogen sich in vollständiger Ordnung auf nur 1000 Metres von Nuits zurück. Die Mobilgarben der Rhône und der Saône, die Franc-tireurs der Savoyen und von Lyon, sowie die neuformirte Infanterie bewiesen große Bravour. Der Feind erlitt beträchtliche Verluste; er machte seinen Angriff auf die Stellungen von Sabail's bei Aunum und räumte am 19. Nuits, indem er viele Tode zurückließ. Die Verluste Cremer's betragen weniger als 1200 Mann, während die Verluste des Feindes die vierfache (?) Zahl erreichten. Unter den letzteren befanden sich der Prinz von Baden und mehrere Oberste.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Peß, 20. December. (Unterhausitzung) [Nachtrag.] Eduard Jekelski: Es gebe keine Regierung, welche keine Schwächen hat, und so könne man nicht verlangen, daß unsere ganz vollkommen sein soll. Gemäß hätte das Budget schon eingebracht sein sollen, doch müsse man die Zwangslage in Betracht ziehen, in der wir uns befinden. Der Vordränger habe Unrecht, aus der Gewährung der Indemnität eine Vertrauensfrage zu machen, denn es handle sich bloß um den Vorstoß für zwei Monate auf Grundlage des später einzubringenden Budgets, während die Regierung für die Summen verantwortlich bleibt, die sie ausgeben wird. Auch habe das Ministerium auf Schonung Anspruch, da es mehr gethan, als ein anderes während der Uebergangsperiode hätte thun können, ja mehr selbst, als die glorifizierte 1848er Regierung. Wenn man von der Summe der Verdienste der Regierung die Summe der von ihr begangenen Fehler abzieht, so ergebe sich ein sehr vortheilhaftes Resultat für sie. Wenn dieses Ministerium zurücktrete, so hätte es keinen Erben, denn weder im Hause noch im Lande fände sich für ein anderes eine Majorität. Denn nur dieses habe eine Grundlage, auf welche es sich stützen kann: den 1867er Ausgleich, während man das diesbezügliche Programm der Opposition nicht kenne. Eine Ministerkrise könne wohl einen Personen, nicht aber einen Parteiwechsel bewirken. Schließlich sagt Redner, die Rechte würde durch die Gewährung der Indemnität sich ein Zeugniß der politischen Reife geben, er stimmt daher für dieselbe. (Beifall rechts.)

Gabriel Várady beweist, daß die Regierung in der Motivirung der Indemnität nicht die wahren Ursachen angegeben, warum sie bisher nicht das Budget eingebracht. Das wahre Hinderniß sei die Institution der Delegationen, welche auch unser parlamentarisches Leben hindert, sich zu entfalten. Die Regierung habe durch den 1867er Ausgleich ein Recht um sich geschaffen, welches sie auf Schritt und Tritt hindere, welches zu einem wahren Messias für sie geworden. Wenn das Ministerium wenigstens aufrichtig genug wäre, das zu gestehen. Die Offenherzigkeit ist eine starke Waffe, welche selbst die stärksten Gegner bewältigt und entwaffnet. Redner weist auf die Schlage hin, welche die Regierung der Selbstständigkeit des Landes beigebracht und stimmt für das Separatvotum (Beifall links.)

Franz Pulsky: Es handle sich um nichts Anderes, als um die Bewilligung der Indemnität auf zwei Monate, nicht aber um ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum. Und die Bewilligung sei um so nothwendiger, als es sich um die Administration des Staates handle, welche sonst gestört würde. Redner gesteht zu, daß der Landtag, die Delegationen zu spät einberufen worden, daß das Budget hätte eingebracht werden müssen, doch sei das Alles nicht Ursache genug, um das Ministerium zu stürzen, denn es lasse sich nicht leugnen, daß das Land seit dem Antritte dieser Regierung aufblühe. (Gehört: Gelächter auf der äußersten Linken. Die Delegation werde immer als „Munus“ hingestellt, doch wäre ohne Delegation das Budget noch später fertig, da man mit vier Parlamenten verhandeln müßte.)

Kol. Liza habe geäußert, er sei gewiß, die Minorität werde diesmal auch nicht durchdringen, damit habe der Gegner im Vorhinein die Waffen gestreckt und es wäre unedel, gegen einen unbewaffneten Feind länger zu kämpfen. (Beifall rechts.)

Alex. Szanady beweist, daß diese Regierung sich bisher nicht das Vertrauen des Landes zu erwerben im Stande war, er könne ihr daher die Indemnität nicht bewilligen, da dies so viel wäre, wie ein Vertrauensvotum.

Ludw. Szernatony: Es seien nur zwei Fälle möglich, warum die Regierung das Budget nicht zur rechten Zeit eingebracht; entweder weil sie es nicht konnte, oder weil sie es nicht wollte. Das heißt: entweder kann oder will sie nicht konstitutionell regieren. Da sie aber zu patriotisch sei, um das Letztere, und Fähigkeit genug habe, um das Erstere zu thun, so müsse sie durch die Lage, in welche der Ausgleich sie versetzt, gezwungen sein, antikonstitutionell zu werden. Redner entwickelt hierauf weitläufig, wie die Delegationen an allen Verhältnissen Schuld seien. Wenn in 4 Jahren des Friedens es unmöglich gewesen, ein regelmäßiges Budget zu schaffen, so habe man keine Hoffnung auf Verbesserung der Lage.

Stefan Patay führt aus, daß wenn die vielen Beamten, welche im Hause sitzen, aufgeschoben würden, die Opposition gewiß in Majorität

wäre. Er bittet die Regierung, sich endlich von Wien unabhängig zu machen, dann werde er ihr erster Mameluk, aber beiseite kein Beamter sein. Graf Simonyi setzt in längerer Rede auseinander, daß die von Jekelski hervorgehobenen Verdienste der Regierung sich eigentlich auf Null reduciren; bei einem Abzug von den begangenen Fehlern bliebe ein Minimum von Verdiensten. Er führt Punkt für Punkt aus, daß die Regierung weder für Reformen, noch für die Stellung des Landes das Geringste gethan. Er ist für das Separatvotum.

Finanzminister Kerpöly beweist, daß die Regierung das Budget nicht zur rechten Zeit einbringen konnte, da der Minister des Innern von den Municipien nicht zur rechten Zeit ihre Budgets bekommen. Es geht nicht ohne zu, daß durch den Ausgleich von 1867 das Land nicht Alles erreicht habe, doch möge man bedenken, welche 20 Jahre dem Antritte der jetzigen Regierung vorangingen. Ubrigens werde die Geschichte über die Thätigkeit und Verdienste derselben urtheilen.

Koloman Tisha erwidert, die Regierung hätte ihre Obergepänne anweisen können, die Municipalsbudgets zur rechten Zeit einzubringen; Pulsky erwidert er: Die Opposition lege nicht die Waffen nieder, sie werde mit denselben bis zum letzten Athemzuge für das Wohl des Landes kämpfen. Nach einer kurzen Erwiderung von Seiten des Finanzministers erfolgt die Abstimmung.

Die Majorität ist für die Annahme des Gesetzentwurfes als Grundlage für die Spezialdebatte.

Es folgt diese und wird in derselben der Gesetzentwurf in der von der Centralcommission empfohlenen Fassung angenommen. Ein von Ludwig Rökköry eingebrachtes Amendement wird abgelehnt.

Hierauf erfolgt die Annahme der Steuergesetze in dritter Lesung womit die Sitzung um 3 Uhr schließt.

Berichtigung. In dem Sitzungsbericht vom 21. December, gestrige Nummer, lies statt Unterhausitzung Oberhausitzung.

Inland.

Hermannstadt, 28. December. (Wahlbesprechung.) Gestern fand im Sitzungssaale des Rathhauses in Angelegenheit der bevorstehenden Wahl der von Seite der Hermannstädter Kreisversammlung in den Nationalkongress zu entsendenden Deputirten eine Besprechung statt, zu der die Stuhlbesitzer der Stadt geladen und auch nahezu vollständig erschienen waren. Ueber Voranschlag des Mitgliedes Schochters und unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung übernahm Professor Schuller die Leitung der Verhandlung.

In einer Reihe gelangte zur Verathung die Vorfrage, betreffend die Diäten der Unterdeputirten.

Wilhelm Brudner stellte den motivirten Antrag: die Versammlung möge die Erwartung aussprechen, daß die Deputirten des Stuhles und der Stadt Hermannstadt — dem Beispiele ihrer Vorgänger bis zum Jahre 1866 folgend — keine Diäten beanspruchen und prinzipiell gegen eine Entlohnung von Diäten aus der, durch das Erforderniß für Schulzwecke zum Besten der Volksbildung in Anspruch genommenen Nationalkassa sein werden.

Dieser Antrag wurde von Schochters unterstützt. Franz Gebel weist in längerer Ausführung nach, daß eine Vereinbarung über diesen Gegenstand zu verfrüht sei, weil es Aufgabe des für den Königshofen zu gewärtigenden und im Vereine mit der einberufenen Nationaluniversität zu schaffenden Municipalgesetzes sein werde, das Geeignete für die Beschaffung einer Municipalkasse vorzusehen und die aus dieser Klasse zu bestellenden Diäten, sowie die Höhe derselben zu bestimmen. Sein Antrag, die Verathung über diese für jetzt müßige Frage fallen zu lassen, wird von Karl Schneider befürwortet und — nachdem auch Brudner sich demselben accomodirt hatte — von der Versammlung angenommen.

Es gelangte hierauf die Candidationsfrage aufs Tapet. Von den aufgestellten Candidaten lehnten Professor Schuller-Liblop, Obernotar Käfner und Landeskassensekretär Gebel unter Hinweisung auf ihre Berufsgeschäfte dankend ab. Schließlich wurden als Candidaten aufgestellt: Pfarrer Heinrich Wittstock, Advokat Wilhelm Brudner und Advokat Dr. Wilhelm Jekeli.

In Anbetracht, daß viele Mitglieder der Versammlung zugleich Mitglieder der Stadtcommunität sind, wurde vereinbart, daß zur Erleichterung eines conformen Vorgehens bei der am 4. kommenden Monate stattfindenden Wahl der Confuldeputirten durch die Stadtcommunität bereits diesmal vorderehand 2 Candidaten aufzustellen seien. Als solche wurden Drator Baron Josef Bedeus und Karl Schochters designirt, worauf die Vorbesprechung vom Vorhinein geschlossen wurde.

Kronstadt, 23. Dec. Gestern hat die Stadtcommunität die Wahl ihrer drei Deputirten für die am 10. Januar zusammenzutretende Nationaluniversität gewählt. Von den 150 Communitätsmitgliedern haben sich nur 89 an dem Wahlgeschäfte betheiligt. Gewählt wurden die Herren: Moriz Klotzner, Landesadvokat, Friedrich Wächter, Senator und Franz Brennerberg, Senator.

Auch der Grundbuchsausschuß wurde gewählt, und zwar wurden folgende Mitglieder dazu gewählt: Wilhelm Dietrich, Martin Fromm, Georg Poir, Peter Schnell, Friedrich Schreiber, Thomas Siegel.

Ersatzmänner: J. M. Burdea, Johann Kürsch, Michael Salmen, Eduard Schlandt, Karl Leutich, Georg Weiß.

Dieser Ausschuß wird sich nächstens organisiren, einen Obmann wählen und seine Geschäfte so vertheilen, daß sie dem Ganzen zum Vortheile gereichen und die Kosten auf die geringste Ziffer gebracht werden.

Marosvásárhely, 26. December. (Dieg. Cor.) Ueber die jüngste, diesjährige letzte Vierteljahrsversammlung des Maroser Stuhl- ausschusses ist nicht Vieles und auch darunter wenig Interessantes zu berichten. Zur Verlohnung eines all-rings zweifelhaften Verdienstes, das der kleine graue Mann, welchen Frau Themis es sich gefallen lassen, vor 21 Jahren mit dem Galgen lohnen wollte, wenn es dem zu dieser Erhöhung anderseits ungarischen „Hühnerjäger“ nicht gelungen wäre rechtzeitig zu entweichen, mußte Frau Themis es sich gefallen lassen, daß man ihr eine wackelige Nase drückte. Breiten wir einen Schleier über vergangene Sachen und lassen wir keine alten Wunden auf. Man muß die Sachen nehmen, wie sie eben sind. Was braucht's uns zu kümmern, wenn Jemand vor zwei Decennien durch Raub, Mord und Mordbrennerei sich ein beträchtliches Vermögen erworb und daselbe jetzt doch verwendet, damit einer seiner zahlreichen leiblichen Kinder in ein Amt gewählt werde, ohne Rücksicht darauf, ob der liebe Bruder die Befähigung zu dieser Stelle besitzt oder nicht? — Nehmen wir zur Ausschussfrage zurück.

Die Eröffnungssrede des leider noch immer nicht entjohenen Ober- richters Michael Mito wurde mit fast stillschweigender Aufmerksamkeit angehört. Die Anrede auf einigen Gesichtern hatte mit dem Inhalte der Mito'schen üblichen Galhaderei nichts zu schaffen, sondern galt vielmehr der Erwartung, die sich der je nach ihrem Standpunkte bewegten Gemüther bezüglich des Ausfalles einer im Laufe der Sitzung zum Austrage gelangenden Wahl bemächtigte. Graf Sigmond Toldalagi hatte nämlich auf die Stelle seiner Reichsrichterschaft resignirt. Dr. eilendige Posten soll im Wege der Wahl besetzt werden. Herr Mito nennt kraft seines Beschlusses folgende Candidaten: Gaipar Bajna, Julius Róeddi und Dionis Jenei. Das Ausschussmitglied Alexander Berceki erjucht den Vorhinein, auch die Namen der übrigen Competenten bekannt zu geben, damit der Ausschuß wisse, über wen die drei Candidaten den Vortrang erhielten? Herr Mito, welcher das auch ohne Aufforderung hätte thun

soßen — ja auf Grund des gesunden Menschenverstandes und aus pflicht- schuldiger Achtung vor dem Ausschusse thun müssen — nannte hierauf einige Namen. Berceki richtete nunmehr die Frage an den Vorhinein: ob die drei vorgeschlagenen Candidaten die erforderliche Qualification besäßen, d. h. ob Jeder von ihnen die Richterprüfung abgelegt habe? Ein anderer Vorhinein hätte die Voraussetzung, daß er Jemanden zum Richter vorschlagen könne, welcher keine vorchriftsmäßige Prüfung bestanden, als beleidigende Insinuation zurückgewiesen. Nicht so Herr Mito. Er wand und krummte sich hin und her und zog sich aus der fatalen Parthei, indem er ein Subcomité zur Prüfung der Zeugnisse seiner Candidaten ernannte und zum Besuche der Durchführung dieser Prüfung die Sitzung auf eine halbe Stunde ausbob.

Dem mit gespannter Erwartung angehörtten Berichte des Subcomité wurde entnommen, daß der Candidat Dionis Jenei ein Zeugniß über die abgelegte Richteramtprüfung nicht vorlegen könne; nichtsdestoweniger wird derselbe als competent in die Terna aufgenommen und auch gewählt. — So macht man unter der Mito'schen Oberrichtersrichterschaft Justizbeamte.

Bei dieser Gelegenheit will ich daran erinnern, daß der Minister des Innern in der Reichstagsitzung vom 5. März d. J. durch den Abgeordneten Alexander Gisti interpellirt wurde, ob er geneigt sei, auf Grund der öffentlichen Anklage des Grafen Haller gegen Mito wegen Mißbrauch der Amtsgewalt die Strafuntersuchung einzuleiten oder nicht? Seitdem sind nahezu 10 Monate verstrichen; während dieser Zeit hat der Herr Minister die nöthigen Daten zur Beantwortung jener Interpellation leicht sammeln können, um der Billigkeit und Gerechtigkeit Rechnung zu tragen und einen Mann von seinem Posten zu entfernen, auf dem er — wie dies auch die oben geschilderte Candidationsgeschichte zeigt — auch die Regierung arg compromittirt.

Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht über das Eingehen des hiesigen „Szekely Hirala“ kann ich als irrig bezeichnen. Das Blatt wird — sogar in größerem Format als bisher — fortgeschrieben. — Wir schreiten vorwärts; von Neujahr ab wird hier auch ein belletristisches Wochenblatt, redigirt von dem reformirten Prediger Ludwig Tolnai, unter dem Titel „Erdély“ ausgegeben werden. Die jüngst erschienene Probenummer desselben berechtigt bezüglich der äußeren Ausstattung und des innern Gehaltes zu den besten Hoffnungen; ja, was den letztern Theil anbelangt, so übertragt „Erdély“ in seiner Probenummer selbst die besten Collegen, die sich aus ununtersuchten Gründen für belletristische Centralisation in der Landeshauptstadt von sich ereifert haben. Der Inhalt der Probenummer ist folgender: A del (der Mitrage), Gedicht von Victor Dalmady; — Lord Byron's „Stanzas for music“, ungarisch übersezt von Karl Szaj; — Wanderungen eines Hagestolzes, Novelle von Ludwig Tolnai; — Jekler Volksgedichte von Samuel Szabo; — „Der Lichter“, russisches Lebens- bild nach Alexander Puskin; — „Ueber die Frauen“ von Nikolaus Szolga; — Friedrich Kraffer's „Offenes Bistum“ besprochen in günstiger Weise von Ludwig Rényi, welcher sich bei dieser Gelegenheit — gelinde gesagt — zu der albernen Behauptung versezt, daß die Siebenbürger Sachsen von der ungarischen Literatur nur das wissen, was hierüber aus Deutsch- land zu ihnen dringt. „Petöfi kennen sie vielleicht, so wie ich den Miza Schaffi kenne; den Sigmund Kemény aber nicht einmal so wie ich den Kalewala; wen die deutschen Systemmacher nicht erwähnen, von dessen Existenz wissen auch die Sachsen nicht viel. Und in diese Rubrik gehören insbesondere die ungarischen Schriftsteller in Siebenbürgen. Der Name eines Karl Szabo mag in Paris bekannt sein; in Kronstadt und Hermannstadt gibt es Wenige, welche daüber im Reinen wären, ob dieser Herr, wenn er schon schriftstellere, Verse oder ein Traumbuch geschrieben habe. So sind wir auch mit den Uebrigen dran.“ Vielleicht schwagt Herr Rényi das alberne Zeug aus Mangel darüber, weil man weder auf ungarischem Boden, noch unter den Sachsen eine Ahnung von seiner unangenehmen literarischen Wichtigkeit haben will? — Außerdem enthält die Probenummer Miscellen, Theaterreferate u. s. w.

In der Generalversammlung der hiesigen Commercial- und Credit- bank wurden am 20. d. M. zu Rechnungsprüfungskommissären gewählt: Baron Karl Apor, Dionis Balint und Daniel Schuller.

Wer hieher reist, möge stets einen Wächter im Wagenhagen halten, weil unsere Diebe sich gegenwärtig auf die Ausräumung der im rüd- wärtigen Theile der Fahrgelassenheiten untrachtigen Kisten verlegen.

Peß, 22. Dec. Wie der Peßer Klob aus verlässlicher Quelle vernimmt, soll der ungarische Justizminister die in Folge Ablebens des Karl Schiller in Erledigung gerathene öffentliche Notarstelle in Hermann- stadt dem gewesenen Gerichtspräsidenten Karl Scheller verleißen haben.

Wien, 23. December. Die erste Nummer der „Neuen bösen Zungen“ wurde conficirt und der Satz verlegt.

Die Baugesellschaft beschloß in der heutigen Sitzung, den Jänner- Coupon mit 5 pCt. Abschlagszahlung einzulösen.

Wien, 22. December. Baron Sina kaufte um 1,600,000 fl. den Palast des Prinzen Philipp Württemberg's, des Schwiegersohns Erzherzogs Albrecht, welcher nach England übersezt. — Die „Graz'er Tagespost“ veröffentlicht eine Erklärung des katholischen Vereines, welcher Beuß beschuldigt, die Okkupation Roms veranlaßt zu haben; diese unredliche Beschuldigung wird in der Erklärung als Verstoß gegen das christliche Sit- tengesetz und als Seelenverführung verurtheilt. Bischof Zwayer wird auf- gefordert, daß von ihm gegebene böse Beispiel durch öffentlichen Widerruf gut zu machen.

Es verlautet, daß die Verfassungsparteiführer daran gehen, ein positives Aktionsprogramm ausgearbeitet. Herbst und Reichbauer arbeiten an einer Verständigung über die galizische Frage.

Wien, 24. December. Die Einladung der englischen Regierung zur Konferenz über die Pontusfrage ist soeben hier eingetroffen. Die Konferenz beginnt am 3. Jänner.

Die „Korrespondenz Barrens“ bespricht die jüngsten Kundgebungen der österreichisch-deutschen Presse für die österreichische Staatsidee und betont, daß die sich vollziehende Zusammenfassung der deutschen Staaten bei der deutschen Bevölkerung Oesterreichs die berechtigte Stimme für die Aufrecht- haltung Oesterreichs gewede hat. Die Deutschen Oesterreichs konnten durch die Erfolge der deutschen Waffen nicht abwendig gemacht werden von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit welches den österreichischen Kaiserstaat bilden half. Diese patriotischen Gefühle, zu deren Hauptträger gerade die deutsche Bevölkerung zähle, gestatten mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

Ausland.

Berlin, 20. December. Die preußische Note über die Luxemburger Angelegenheit lautet:

Verfaillé, den 3. December 1870. Der unterzeichnete Kanzler des norddeutschen Bundes beehrt sich, der hochoblichen Regierung des Großherzogthums Luxemburg folgende ganz er- gebnisse Mittheilung zu machen:

Bei Ausbruch des Krieges wurde von der Regierung des norddeutschen Bundes erklärt, daß sie die Neutralität des Großherzogthums Luxemburg achten würde, unter der Voraussetzung, daß dieselbe auch von französischer Seite respectirt und, wie selbstverständlich, von dem Großherzogthum mit Ernst und gutem Willen aufrechterhalten werden würde. Die königliche Regierung ist diesem Versprechen getreulich nachgekommen, in ihrer Rücksicht so weit gegangen, daß sie alle Unbequemlichkeiten betreffs des Transportes ihrer Verwundeten auflegte hat.

Zu ihrem lebhaften Bedauern aber hat das Verfahren weder auf französischer, noch auf luxemburgischer Seite den gebegten Voraussetzungen

entsprochen. Ent- mung eines The- dortiger deutsche nicht die größ- zu machen, mel- als ihnen zu

Ein ecla- durch nächsthe- tirung der Fest- war, eingetre- über ausgebrü- und es ist unze- Eisenbahnzüge- Eisenbahn- und Regierung hat- herzogliche Regi- macht, welche es

Diese We- Zeit hat vielme- nommen, welche zu überleben.

Nach der- zösischer Soldat- entritt in Fra- finden. In Kur- Consul auf dem die Flüchtigen in den Marck na- können. Die J- geführten Com- über 2000 Ma- Maßregeln dage- internit, noch- sich, an dem K- Dem französische Neutralität des- kiten in den G- Großherzogthum Streitkräfte, in- der französischen großherzogliche- Großherzogthum

Hiermit ist- die Beobachtung- nicht mehr vor- Sr. Majestät d- klären, daß di- Operationen der- liud des Groß- folgung ihrer A- ihr durch Müde- die nöthigen M- sich vorbehält.

In dem de- welche den Best- Kenntnis gesie- seiner ausgezeich-

Berlin, norddeutschen G-

Die häuß- Ehrenworte un- Kapitulatioo- Entfernung ver- stens nicht bei- scher Seite bei A- wurden.

Wir hatte- Armeo im Conq- vernichten und- tragstreu abe- beschließbar der- unterzeichnet hat- ihm stehenden B- griffen von un- bunden, die Kom- mit der Kapital- und brauchen- Heer oder eine- angenommen w- der Mac-Mahon- lungen, die G- Leben und ihr- ten das Ver- at- füllung der Sep- die Generale G-

merkt haben, u- entwicken sei, u- nicht eingeben- die gewährten- tion verlässlich- aber jedenfalls

Zu einem- vember d. J., i- tem Ergeißel- Seite gemacht- von selbst verfel- war, und unter- macht habe, bei-

Der Gne- Rechtfertigung- gegeben hat (u- führen und sich- unmittelbar dar- Nach die- für eine auf ihre- viele Offiere n- verzögert sind, a- land entwurfen- Bewegung nur si- entfernen, gestätt-

So erhebt- bildet sie doch ein- Kameraden, welch- mal durch eine- sind. Eine ande- bruch der entlo- gung durch Auf-

Der Gne- Rechtfertigung- gegeben hat (u- führen und sich- unmittelbar dar- Nach die- für eine auf ihre- viele Offiere n- verzögert sind, a- land entwurfen- Bewegung nur si- entfernen, gestätt-

So erhebt- bildet sie doch ein- Kameraden, welch- mal durch eine- sind. Eine ande- bruch der entlo- gung durch Auf-

Der Gne- Rechtfertigung- gegeben hat (u- führen und sich- unmittelbar dar- Nach die- für eine auf ihre- viele Offiere n- verzögert sind, a- land entwurfen- Bewegung nur si- entfernen, gestätt-

So erhebt- bildet sie doch ein- Kameraden, welch- mal durch eine- sind. Eine ande- bruch der entlo- gung durch Auf-

